

Onlinepublikation
herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung

Berlin, August 2005

Begriffe – Befindlichkeiten – Europa

**Ergebnisse einer Umfrage der
Konrad-Adenauer-Stiftung im Juni/Juli 2005**

Viola Neu

Ansprechpartner: Dr. Michael Borchard
E-Mail: michael.borchard@kas.de
Tel.: 030-26996 – 3550
Fax.: 030-26996 – 3551

Dr. Viola Neu
E-Mail: viola.neu@kas.de
Tel.: 030/269 96 – 3506
Fax.: 030/269 96 – 3551

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin

Prinzipien der Demokratie und des Sozialstaates¹

Der Grundrechtskanon² der Verfassung und die dort garantierten Rechte werden von den Bürgern fast einheitlich bejaht. An erster Stelle stehen sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern Rechtsstaatlichkeit, Chancengleichheit, Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung, Eigentumsfreiheit und Glaubensfreiheit. Damit weisen sowohl die Westdeutschen als auch die Ostdeutschen eine positive Einstellung gegenüber den wesentlichen Merkmalen des demokratischen Systems auf. Die Wertigkeit der sozialen Gleichheitsrechte fällt in beiden Teilen Deutschlands deutlich geringer aus als die Wichtigkeit der Chancengleichheit und der Gleichheit vor dem Gesetz. Zudem zeigt sich, dass bei den Freiheitsrechten auch das Recht auf freie Verfügung über das Eigentum einen hohen Stellenwert besitzt.

Somit haben bürgerliche demokratische Freiheits- und Gleichheitsrechte eine höhere Bedeutung als nivellierende Gleichheitsrechte. Die Verteilungsgerechtigkeit ist gegenüber der Rechtsgleichheit in der Wertehierarchie nachgeordnet.

Das gängige Vorurteil über die politischen Wertorientierungen der Ostdeutschen, sie würden die Gleichheitswerte für wichtiger halten als Freiheitswerte, kann in der Studie nicht bestätigt werden. Die Ostdeutschen weisen insgesamt eine sehr positive Haltung zu den Grundlagen der Demokratie auf. Damit zeigt sich auch, dass die Rechte, die für das Funktionieren einer Demokratie unerlässlich sind, für die Bürger in den neuen Ländern einen sehr hohen Stellenwert haben.

Die Werteskala ist in den neuen Ländern überdies fest verankert. Der Vergleich zu einer Umfrage, die 1999 in Ostdeutschland durchgeführt wurde, zeigt eine hohe Konsistenz der Verankerung demokratischer Werte. In den zentralen demokratischen Werten zeigen sich 2005 nur geringe Veränderungen.

¹ Die Ergebnisse basieren auf 2.558 Interviews die vom 27. Juni bis 4. Juli von der Forschungsgruppe Wahlen telefonisch durchgeführt wurden. Im Westen wurden 1.571 wahlberechtigte Bürger, im Osten 987 Bürger befragt.

² Vgl. Wolfram Brunner/Viola Neu: Freiheit oder Gleichheit? Ansichten über zentrale Werte in Ostdeutschland. Konrad-Adenauer-Stiftung, Analysen und Positionen, Sankt Augustin, November 1999.

Dabei zeigt sich auch, dass sich Pauschalierungen über die Gleichheitswerte der Ostdeutschen verbieten. In den neuen Ländern haben die Rechts- und die Chancengleichheit eindeutig Priorität. Gleichheit kann somit nicht mit möglichst großer materieller und sozialer Gleichheit übersetzt werden. Vielmehr zeigt sich, dass Prinzipien, die auf eine soziale und materielle Nivellierung zielen, in den neuen Ländern deutlich nachgeordnet sind.

Im Detail zeigen sich zwischen West- und Ostdeutschen jedoch feine Unterschiede. Generell ist die Akzeptanz nivellierender staatlicher Maßnahmen in den neuen Ländern größer als in den alten.

Während in den alten Ländern 47 Prozent der Ansicht sind, dass eine freie Marktwirtschaft besonders wichtig ist, teilen nur 35 Prozent der Ostdeutschen diese Ansicht. Hier fällt ins Auge, dass dieser Wert innerhalb von 6 Jahren um 10 Punkte gesunken ist. 42 Prozent der Ostdeutschen und 30 Prozent der Westdeutschen geben an, es sei besonders wichtig, dass der Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleistet. Hier ist bemerkenswert, dass im Vergleich zu 1999 dieser Wert um 20 Punkte gesunken ist. Auch die Aussage, „dass der Staat in der Marktwirtschaft für sozialen Ausgleich sorgt“, hat an Bedeutung eingebüßt. 33 Prozent der Ostdeutschen geben dies an. Vor sechs Jahren waren dies 14 Punkte mehr. Dieses Ziel ist nur für 30 Prozent der Westdeutschen besonders wichtig. Am Ende der Skala rangiert bei West- wie Ostdeutschen die Bedeutung geringer Einkommensunterschiede. Nur 20 Prozent der West- und 33 Prozent der Ostdeutschen halten dies für besonders wichtig. Auch hier ist der Wert im Vergleich zu 1999 bei den Ostdeutschen um 11 Punkte gesunken.

Die gesunkene Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft spiegelt sich auch in Ergebnissen einer Umfrage des Bundesverbandes deutscher Banken wider.³ Danach geben 44 Prozent der Ostdeutschen an, dass sich die soziale Marktwirtschaft bewährt habe. 1994 waren noch etwa zwei Drittel der Ostdeutschen dieser Ansicht. Doch auch im Westen ist die Akzeptanz zurückgegangen. Nur noch etwa die Hälfte der Bürger in den alten Ländern ist der Ansicht, die Marktwirtschaft habe sich bewährt. Dies ist der schlechteste Wert seit 1994. Während dieses Zeitraums lag die

³ Umfrage des Bundesverbandes Deutscher Banken, Befragungszeitraum Mai 2005, 1.162 Befragte

Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft im Durchschnitt deutlich über dieser Marke und erreichte 2001 sogar einen Spitzenwert von 76 Prozent bundesweit.

Wichtigkeit demokratischer und sozialstaatlicher Prinzipien					
(....) = 1999	Gesamt	Ost		West*	
	be- sonders wichtig	be- sonders wichtig	bes./ eher wichtig	be- sonders wichtig	bes./ eher wichtig
dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich behandelt werden	87	(85) 86	(98) 99	87	99
dass alle Menschen die gleichen Chancen bei der schulischen Ausbildung haben	81	(83) 84	(100) 99	81	98
dass jeder seine Meinung frei äußern kann	79	(72) 70	(97) 97	82	99
dass Männer und Frauen die gleichen Rechte haben	76	(77) 78	(98) 99	75	98
dass man völlig frei über sein Eigentum verfügen kann	67	(67) 64	(95) 95	67	95
dass jeder Glauben kann woran er möchte	67	(60) 63	(93) 94	68	95
dass man das Recht hat, den Beruf zu ergreifen, den man möchte	66	(61) 57	(95) 93	68	96
dass ich reisen kann, wohin ich will	55	(45) 42	(82) 82	58	90
dass die Presse und die Forschung frei sind	54	(45) 48	89 (86)	56	91
dass man das Recht hat, für seine Meinung zu demonstrieren	52	(45) 35	(89) 88	53	90
dass man in seiner Freizeit tun und lassen kann, was man möchte	51	(48) 44	(89) 88	53	89
dass es eine freie Marktwirtschaft gibt	44	(45) 35	(88) 84	47	91
dass soziale Unterschiede möglichst gering gehalten werden	42	(56) 47	(88) 86	41	83
dass alle Parteien die gleichen Chancen haben, an die Regierung zu kommen	34	(41) 36	(83) 78	33	74
dass vom Staat eine möglichst umfassende soziale Absicherung gewährleistet wird	32	(62) 42	(93) 86	30	79
dass der Staat in der Marktwirtschaft für sozialen Ausgleich sorgt	28	(47) 33	(90) 86	27	83
dass Einkommensunterschiede möglichst gering gehalten werden	23	(44) 33	(75) 67	20	54
*für den Westen liegen keine Vergleichszahlen vor, da 1999 nur in Ostdeutschland ein Umfrage durchgeführt wurde.					

Prozentanteile; Fehlende Werte zu 100% = andere Angaben; Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Juli 2005

Soziale Marktwirtschaft

Bei den Inhalten der sozialen Marktwirtschaft gibt es kein konsistentes Meinungsbild der Deutschen. Einig sind sie sich lediglich darin, dass die Unternehmer auch eine soziale Verantwortung haben und nicht nur an ihren Gewinn denken dürfen.

Während immerhin 83 Prozent der Befragten glauben, dass nur wirtschaftliches Wachstum Arbeitsplätze schaffen kann, sehen gleichzeitig 45 Prozent der Befragten auch eine staatliche Zuständigkeit für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Knapp zwei Drittel sprechen sich dafür aus, dass der Staat Menschen nur unterstützen darf, wenn sie in eine Notlage geraten. 39 Prozent votieren für eine umfassende Absicherung aller Lebensrisiken durch den Staat. Eine knappe Minderheit (45 Prozent) ist der Ansicht, dass die Wirtschaft nicht für den sozialen Ausgleich zuständig sei, etwa die Hälfte bewertet den Einfluss von Gewerkschaften auf die Betriebe als zu groß.

Frage: Es wird immer wieder diskutiert, was soziale Marktwirtschaft heute beinhaltet. Dabei hört man unterschiedliche Aussagen. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen inwieweit Sie dieser Aussage zustimmen.	
	jeweils stimme voll zu/ stimme eher zu
"Die Unternehmer haben auch eine soziale Verantwortung und dürfen nicht nur an ihren Gewinn denken."	94
"Nur wirtschaftliches Wachstum kann Arbeitsplätze schaffen."	83
"Der Staat darf nur Menschen unterstützen, wenn sie in eine Notlage geraten."	64
"Der Einfluss der Gewerkschaft auf die Betriebe ist zu groß."	52
"Die Wirtschaft ist nicht für den sozialen Ausgleich zuständig."	45
"Für die Schaffung von Arbeitsplätzen ist der Staat zuständig."	45
"Der Staat soll alle Lebensrisiken umfassend absichern."	39

Prozentanteile; Fehlende Werte zu 100% = andere Angaben; Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Juli 2005

Bei der Einstufung dieser Fragen zeigen sich innerhalb der Bevölkerung z.T. gravierende Unterschiede, die die jeweilige soziale Lage widerspiegeln. Vor allem Befragte mit niedriger Bildung und Arbeiter sehen den Staat in einer größeren Verantwortung.

Befragte mit niedriger Bildung votieren zu 52 Prozent für eine umfassende Absicherung von Lebensrisiken. Bei Befragten mit Hochschulabschluss teilen nur 21 Prozent diese Meinung. Vergleichbar differenziert sich die Bevölkerung auch bei der Frage nach der Zuständigkeit des Staates für die Schaffung von Arbeitsplätzen aus. Auch hier sehen 54 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss den Staat in der

Verantwortung, während von den Hochschulabsolventen nur 29 Prozent diese Meinung teilen.

Bei un- und angelernten Arbeitern finden sich gegenüber allen anderen Berufsklassen wesentlich größere Aufgabenzuschreibungen an den Staat. 78 Prozent der Arbeiter erwarten eine Absicherung der Lebensrisiken vom Staat und 69 Prozent sehen den Staat für die Schaffung von Arbeitsplätzen zuständig. Aber auch bei Facharbeitern wird die Verantwortung des Staates betont. Bei Angestellten und Beamten (gehobener und höherer Dienst) sowie Selbständigen wird die Verantwortung des Staates am deutlichsten abgelehnt.

Auch ältere Bürger unterscheiden sich in ihren Meinungen von jüngeren. Je älter die Befragten sind, desto stärker neigen sie der Aussage zu, dass der Staat Menschen nur unterstützen darf, wenn sie in eine Notlage geraten. Während bei den über 60jährigen 77 Prozent diese Aussagen bejahen, findet sie bei nur 48 Prozent der unter 24-jährigen Zustimmung. Je jünger die Befragten sind, desto stärker ist der Wunsch nach einer umfassenden staatlichen Absicherung. 69 Prozent der unter 24jährigen sind dieser Ansicht, bei den über 60jährigen sind es 38 Prozent.

Zwischen West- und Ostdeutschen bestehen in einigen Punkten deutliche Diskrepanzen. 66 Prozent der Westdeutschen aber 57 Prozent der Ostdeutschen sind der Ansicht, dass der Staat Menschen nur unterstützen darf, wenn sie in eine Notlage geraten. Für eine umfassende Absicherung aller Lebensrisiken durch den Staat sprechen sich in den neuen Ländern 50 Prozent aus, in den alten Ländern findet diese Position nur von 36 Prozent Zustimmung. Während mehr als die Hälfte (55 Prozent) der Westdeutschen einen zu großen Einfluss der Gewerkschaften auf die Betriebe sieht, unterstützen in den neuen Ländern nur 41 Prozent diese Aussage. 53 Prozent der Ostdeutschen sind der Ansicht, dass der Staat für die Schaffung von Arbeitsplätzen zuständig sei. Im Westen sehen das nur 43 Prozent so.

In einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach⁴ spiegelt sich die gewachsene Skepsis gegenüber der sozialen Marktwirtschaft wider. 49 Prozent äußern sich negativ über die soziale Marktwirtschaft („Die Marktwirtschaft führt

⁴ Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 12. Juni 2005

automatisch zu sozialer Ungleichheit. Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer). In den Jahren 2000 und 2003 sagte dies nur ein Drittel der Befragten. Die positiven Aussagen sind dementsprechend zurückgegangen. Äußerten sich 2000 und 2003 noch etwa die Hälfte der Befragten zustimmend, so ist der Anteil 2005 auf 34 Prozent gesunken („Marktwirtschaft macht soziale Gerechtigkeit erst möglich“).

Politische Begriffe

Der Union werden die Begriffe Kapitalismus, Leistung, Wettbewerb, Stabilität, Sicherheit, Selbständigkeit, Zukunft, Eigenverantwortung, Innovation und Optimismus zugeordnet. Bei diesen Begriffen liegt sie deutlich vor der SPD. Am größten (über 30 Punkte) ist die Distanz zur SPD bei den Begriffen Kapitalismus, Leistung, Wettbewerb, Stabilität. Über 20 Punkte Differenz ergeben sich bei den Begriffen Selbständigkeit, Sicherheit, Zukunft und Eigenverantwortung. Um mehr als zehn Punkte liegt die Union bei den Begriffen Optimismus, Innovation, Egoismus und Selbstverwirklichung vor der SPD.

Die SPD kann sich nur in wenigen Begriffen klar (mehr als 10 Punkte Abstand) vor der Union platzieren. Diese sind soziale Gerechtigkeit und Gleichheit.

Relativ schwach sind die Unterschiede bei den Begriffen Ehrlichkeit (+9 Punkte Union), Freiheit (+8 Punkte Union) und Gleichberechtigung (+7 Punkte Union).

Etwa gleichauf liegen Union und SPD bei den Begriffen Reform, Verlässlichkeit, soziale Marktwirtschaft und Menschlichkeit.

Parteizuordnung von Begriffen							
CDU = CDU/CSU		Gesamt	West*	Ost		keiner Partei Gesamt	Sonstige k.A. Gesamt
				2005	1999		
Kapitalismus	CDU	51	49	60	62	9	17
	SPD	13	13	10	10		
Leistung	CDU	49	50	45	44	16	14
	SPD	14	14	15	28		
Wettbewerb	CDU	49	50	48	42	8	17
	SPD	17	17	17	28		
Stabilität	CDU	47	49	39	51	25	12
	SPD	15	16	14	26		
Sicherheit	CDU	44	47	32	39	23	12
	SPD	20	20	22	29		
Selbstständigkeit	CDU	40	40	39	45	13	15
	SPD	15	15	14	26		
Soziale Marktwirtschaft	CDU	40	41	36	45	10	12
	SPD	38	38	37	35		
Zukunft	CDU	40	42	33	-	19	14
	SPD	17	17	16	-		
Eigenverantwortung	CDU	36	36	35	40	16	17
	SPD	16	16	15	27		
Innovation	CDU	35	35	32	32	16	18
	SPD	17	17	17	29		
Optimismus	CDU	33	35	27	-	20	15
	SPD	15	16	15	-		
Reform	CDU	32	34	28	24	12	15
	SPD	35	35	36	38		
Freiheit	CDU	31	30	32	-	13	19
	SPD	23	24	20	-		
Verlässlichkeit	CDU	29	31	24	-	41	12
	SPD	10	11	11	-		
Egoismus	CDU	26	24	32	-	8	25
	SPD	15	15	15	-		
Selbstverwirklichung	CDU	25	24	30	30	19	18
	SPD	14	15	12	26		
Menschlichkeit	CDU	24	25	19	25	19	14
	SPD	22	22	21	30		
Soziale Gerechtigkeit	CDU	23	25	18	24	20	10
	SPD	35	37	27	41		
Gleichberechtigung	CDU	21	22	16	-	14	14
	SPD	28	29	25	-		
Gleichheit	CDU	19	20	14	-	17	16
	SPD	31	32	24	-		
Ehrlichkeit	CDU	17	18	14	-	52	12
	SPD	8	8	10	-		

*für den Westen liegen keine Vergleichszahlen vor, da 1999 nur in Ostdeutschland eine Umfrage durchgeführt wurde.
Prozentanteile; Mehrfachantworten, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Juli 2005

Besonders schlecht fällt die Zuordnung von Begriffen zu Parteien bei der Ehrlichkeit und der Verlässlichkeit aus. 64 Prozent halten keine Partei für ehrlich, 53 Prozent sind der Ansicht, dass keine Partei verlässlich sei. Aber auch bei anderen Begriffen fällt den Deutschen die Nennung einer Partei schwer. Jeweils mehr als 30 Prozent können bei Stabilität, Sicherheit, Zukunft, Eigenverantwortung, Innovation, Optimismus, Freiheit, Egoismus, Selbstverwirklichung, Menschlichkeit und Gleichheit keine Partei benennen.

Bei der Union werden einige Images in den neuen und alten Ländern deutlich unterschiedlich beurteilt. Sie wird in den neuen Ländern deutlich seltener mit den Begriffen Sicherheit, Stabilität, Zukunft, Verlässlichkeit und Optimismus assoziiert. In den neuen Ländern wird sie häufiger mit dem Begriff Kapitalismus und Egoismus in Verbindung gebracht als in den alten. Im Vergleich zu 1999 hat die Union in den neuen Ländern einen Imagewandel zu verzeichnen. Stabilität und soziale Marktwirtschaft werden deutlich seltener mit ihr in Verbindung gebracht. Aber auch in anderen Feldern wird die Union seltener als 1999 genannt. Dies sind die Begriffe Sicherheit, Selbständigkeit, Menschlichkeit und soziale Gerechtigkeit. Häufiger als 1999 wird ihr der Begriff Wettbewerb zugeschrieben.

Die Union wird stark als Wirtschafts- und Leistungspartei wahrgenommen. Hier zeigen sich auch große Schnittmengen mit der FDP. Zudem steht die Union für Stabilität und Sicherheit, was sich bei der FDP nicht als Imagekern findet. Die Union wird von allen Parteien am häufigsten mit den genannten Begriffen in Verbindung gesetzt. Sie ist die Partei mit der höchsten Nennungshäufigkeit. Das politische Eigenschaftensprofil der Union ist somit gleichermaßen breiter wie intensiver.

Die Images der SPD weisen in den alten und neuen Ländern so gut wie keine Unterschiede auf. In den neuen Ländern werden der SPD signifikant seltener die Attribute soziale Gerechtigkeit und Gleichheit zugeordnet als in den alten Ländern. Im Vergleich zu 1999 wird die SPD wesentlich seltener mit einer Vielzahl von Begriffen in Verbindung gebracht. Imageeinbußen in den neuen Ländern hat die SPD bei den Begriffen soziale Gerechtigkeit, Selbstverwirklichung, Leistung, Stabilität, Selbständigkeit, Eigenverantwortung, Innovation, Wettbewerb und Menschlichkeit zu verzeichnen. Dies ist jedoch nur bedingt auf die Konkurrenz mit der

PDS.Linkspartei zurückzuführen. Die PDS.Linkspartei wird nur bei dem Begriff soziale Gerechtigkeit häufiger als 1999 genannt. Die SPD hat als Hauptimagekomponente die Sozialpolitik und die Egalität. Die meisten Nennungen erhält die SPD bei den Begriffen soziale Marktwirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Reform, Gleichheit, Verlässlichkeit und Gleichberechtigung. Doch erreicht sie nur bei wenigen Feldern einen (z. T. knappen) Vorsprung vor der Union (soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Gleichberechtigung, Reform). Sie wird insgesamt bei allen Eigenschaften seltener genannt als die Union. Somit ist die SPD überwiegend auf ihr klassisches Image reduziert. Die Parteien des linken Spektrums machen sich bei vielen Begriffen Konkurrenz, wodurch das klar unterscheidbare Profil einer Partei leidet.

Die PDS wird mit den Begriffen soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Menschlichkeit und Gleichberechtigung in Verbindung gebracht. Dabei zeigt sich, dass ihr in den alten Ländern so gut wie keine Eigenschaften zugeordnet werden, während sie in den neuen Ländern in den genannten Eigenschaftsfeldern mit der SPD und CDU gleichzieht, z.T. sogar vor den beiden Volksparteien liegt. Andererseits hat sie über diese vier Begriffe keine ausgeprägte Imagestruktur. Auch im Vergleich zu 1999 hat die PDS kaum Veränderungen erfahren. Lediglich bei dem Begriff soziale Gerechtigkeit kann sie von der Schwäche der SPD profitieren, jedoch nicht im vollen Umfang. Das Image der Linkspartei.PDS ist somit eindimensional und kreist lediglich um sozialorientierte Eigenschaften. In allen anderen Feldern bleibt die Partei konturenlos.

Parteizuordnung von Begriffen			
	PDS.Linkspartei		
	Gesamt	West	Ost
soziale Gerechtigkeit	11	7	27 (20)
Gleichheit	10	7	25
Menschlichkeit	8	4	24 (22)
Gleichberechtigung	7	4	23
Egoismus	5	5	2
Zukunft	5	3	11
Ehrlichkeit	4	2	12
Optimismus	4	3	12
Reform	4	2	10 (11)
Soziale Marktwirtschaft	4	3	7 (7)
Freiheit	3	2	9
Selbstverwirklichung	3	2	8 (7)
Sicherheit	3	1	10 (12)
Verlässlichkeit	3	1	10
Eigenverantwortung	2	1	7 (8)
Innovation	2	2	6 (6)
Kapitalismus	2	2	1 (3)
Selbstständigkeit	2	1	8 (6)
Leistung	1	1	5 (5)
Stabilität	1	1	5 (5)
Wettbewerb	1	0	4 (5)

Prozentanteile; Mehrfachantworten, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Juli 2005; Zahlen in Klammer: Umfrage von 1999

Bündnis 90/Die Grünen wird mit den Begriffen Gleichberechtigung und Menschlichkeit assoziiert. Selbstverwirklichung, Gleichheit, Freiheit, Innovation, Optimismus und Zukunft werden ebenso mit der Partei verbunden.

Parteizuordnung von Begriffen	
	Grüne Gesamt
Gleichberechtigung	20
Menschlichkeit	18
Selbstverwirklichung	14
Gleichheit	13
Freiheit	12
Innovation	11
Optimismus	11
Zukunft	10
Ehrlichkeit	8
soziale Gerechtigkeit	8
Reform	7
Egoismus	6
Eigenverantwortung	6
Verlässlichkeit	5
Selbstständigkeit	4
Sicherheit	3
Leistung	2
Soziale Marktwirtschaft	2
Stabilität	2
Wettbewerb	2
Kapitalismus	0

Prozentanteile; Mehrfachantworten, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Juli 2005

Am häufigsten finden sich bei der FDP die Begriffe Selbstständigkeit, Kapitalismus und Wettbewerb. Des Weiteren werden ihr Eigenschaften wie Egoismus, Eigenverantwortung, Leistung, Selbstverwirklichung, Freiheit und Innovation zugeschrieben.

Parteizuordnung von Begriffen	
	FDP Gesamt
Selbstständigkeit	19
Kapitalismus	18
Wettbewerb	17
Egoismus	15
Eigenverantwortung	15
Leistung	14
Selbstverwirklichung	13
Freiheit	12
Innovation	12
Optimismus	7
Reform	6
Gleichberechtigung	5
Gleichheit	5
Zukunft	5
Ehrlichkeit	4
Menschlichkeit	4
Soziale Marktwirtschaft	4
Stabilität	4
Verlässlichkeit	4
Sicherheit	3
soziale Gerechtigkeit	3

Prozentanteile; Mehrfachantworten, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Juli 2005

Die mit den Parteien assoziierten Begriffen weichen von dem ab, was Menschen für sich selbst für besonders wichtig halten. Hier dominieren Eigenschaften wie Ehrlichkeit, Menschlichkeit und Verlässlichkeit. Gegenüber den Parteien herrscht bei diesen Merkmalen eine gewisse Skepsis. Während 73 Prozent Ehrlichkeit für sehr wichtig halten, ordnen 64 Prozent der Befragten keiner im Bundestag vertretenen Partei diese Eigenschaft zu. Auch bei dem Begriff Verlässlichkeit können 53 Prozent der Befragten keine Partei nennen. Besser sieht es bei der Menschlichkeit aus. Hier nennen 34 Prozent keine Partei.

Persönliche Wichtigkeit von Begriffen	
	- je sehr wichtig-
Ehrlichkeit	73
Menschlichkeit	70
Verlässlichkeit	63
Freiheit	61
Zukunft	54
Soziale Gerechtigkeit	52
Eigenverantwortung	52
Optimismus	51
Sicherheit	50
Gleichberechtigung	49
Leistung	41
Stabilität	40
Selbstständigkeit	38
Innovation	32
Gleichheit	29
Soziale Marktwirtschaft	27
Reform	24
Selbstverwirklichung	23
Wettbewerb	20
Kapitalismus	3
Egoismus	2

Prozentanteile; Mehrfachantworten, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Juli 2005

Beurteilung der Gesellschaftsordnung

Die Selbsteinstufung der Befragten, ob sie einer benachteiligten oder bevorzugten Bevölkerungsgruppe angehören, ist in den alten Ländern verhältnismäßig konstant. Etwa ein Viertel sieht sich selbst als benachteiligt an, zwei Drittel sehen sich weder als bevorzugt noch als benachteiligt an und eine Minderheit von derzeit 14 Prozent ist der Ansicht, bevorzugt zu sein.

In den neuen Ländern fühlte sich nach der deutschen Vereinigung ein großer Anteil der Bürger benachteiligt. Der Spitzenwert betrug 1993 41 Prozent. Bis 2001 sank dieser Wert auf 25 Prozent und ist jetzt wieder leicht auf 29 Prozent angestiegen. Die Bürger in den neuen Ländern fühlen sich somit im Vergleich zu den alten Ländern

etwas stärker benachteiligt. Doch sind die Niveauunterschiede recht gering, so dass dieser Wert nicht überinterpretiert werden sollte.

Zugehörigkeit zu einer Bevölkerungsgruppe, die ...						
	eher benachteiligt ist		eher bevorzugt ist		weder noch	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
1991	20	38	12	4	68	58
1993	21	41	14	5	65	54
1996	21	31	9	4	70	66
1997	20	29	11	4	65	66
1998	19	33	10	4	69	62
2001	19	25	13	9	67	66
2005	21	29	14	8	64	63

Prozentanteile; Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Juli 2005

Starke Veränderungen sowohl in den neuen als auch in den alten Ländern zeigen sich jedoch bei der Beurteilung der Gerechtigkeit der Gesellschaftsordnung. Die Frage nach der Gerechtigkeit wirkt mittlerweile sehr polarisierend. Seit Beginn der 90er Jahre ist der Anteil derjenigen, die sowohl Elemente der Gerechtigkeit als auch der Ungerechtigkeit ausmachte, stark zurückgegangen. Deutlich stärker verbreitet hat sich seit dieser Zeit das Gefühl, dass die Gesellschaftsordnung ungerecht sei. In den alten Ländern beurteilen 59 Prozent und in den neuen Ländern 68 Prozent die Gesellschaftsordnung als ungerecht.

Gerechtigkeit der Gesellschaftsordnung						
	eher gerecht		eher ungerecht		teils/teils	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
1991	26	11	28	33	46	57
1993	22	9	35	50	43	41
1996	24	10	38	55	38	35
1997	17	9	46	57	35	33
1998	16	7	39	57	43	36
2001	36	22	46	56	16	21
2005	32	21	59	68	8	10

Prozentanteile; Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Juli 2005

Auffällig ist, dass die wahrgenommene Ungerechtigkeit der Gesellschaftsordnung zwar zunimmt, dies jedoch auf der individuellen Ebene nicht mit der eigenen gesellschaftlichen Situation in Verbindung gebracht wird. Denn gerade die Selbsteinstufung bleibt über die Jahre hinweg konstant. Das Gefühl, dass die Gesellschaftsordnung ungerechter wird, ist somit nicht individuell gestützt. Es scheint eher so zu sein, dass das Thema gesellschaftliche Gerechtigkeit ein „Imageproblem“ hat.

Überdurchschnittlich häufig empfinden Bürger mit Hauptschulabschluss (75 Prozent), über 60jährige Frauen (75 Prozent), Bürger aus den neuen Ländern (68 Prozent) Arbeiter (un- angelernte: 74 Prozent; Facharbeiter: 70 Prozent), Befragte mit niedrigem Einkommen und Katholiken mit häufigem Kirchgang (69 Prozent) die Gesellschaftsordnung als ungerecht. Dies könnte darauf hindeuten, dass vor allem die unteren Schichten ihr Vertrauen in die gesellschaftliche Entwicklung verloren haben.

Europäische Union

Spätestens seit die Franzosen der EU-Verfassung ihre Zustimmung verweigert haben, ist die weitere Entwicklung der EU wieder verstärkt in den FoKus gerückt.

Eine vollwertige Mitgliedschaft der Türkei in die Europäische Union wird sehr kritisch gesehen. Nur 13 Prozent unterstützen sie. Das Angebot der privilegierten Partnerschaft der Union, das eine weitere Heranführung der Türkei an die EU erlaubt, und die Beibehaltung des Status quo finden etwa gleich große Unterstützung.

EU-Mitgliedschaft der Türkei	
privilegierte Partnerschaft	40
vollwertiges EU-Mitglied	13
so bleiben wie bisher	43
weiß nicht	5

Prozentanteile; Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Juli 2005

Nach der EU-Osterweiterung ist die Bereitschaft, weitere Länder in die EU aufzunehmen sehr gering. Nur 27 Prozent würden einer Aufnahme von Ländern wie Kroatien, die Ukraine oder Weißrussland zustimmen. Zwei Drittel lehnen eine Aufnahme ab.

Aufnahme weiterer Länder in die EU	
aufnehmen	27
nicht aufnehmen	67
weiß nicht	6

Prozentanteile; Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Juli 2005

Nach dem französischen „Nein“ zur Europäischen Verfassung ist deren Bekanntheitsgrad gestiegen. 83 Prozent gaben an, bereits von der Europäischen Verfassung gehört zu haben. Unabhängig von der Frage, was dies inhaltlich bedeuten würde, halten sich Befürworter und Gegner der Europäischen Verfassung die Waage. 18 Prozent konnten diese Frage nicht beantworten, was darauf hinweist, dass das tatsächliche Ausmaß an sogenannten „non-attitudes“ weitaus höher liegen dürfte. Dass diese Pattsituation derzeit das Meinungsbild prägt, zeigt sich auch in Umfrage von polis/usama.⁵ Danach sagten 44 Prozent, dass sie für die EU-Verfassung stimmen würden und 39 Prozent sagten, sie würden dagegen stimmen. Im Vergleich zu früheren Umfragen ist damit der Anteil derjenigen, die für die EU-Verfassung stimmen würden, gesunken.

Es haben von der Europäischen Verfassung ...	
schon gehört	83
nicht gehört	17
Von diesen stimmen für...	
eine Annahme der Verfassung	41
eine Ablehnung der Verfassung	41
k. A.	18

Prozentanteile; Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Juli 2005

⁵ Focus, 6. Juni 2005, Umfragezeitraum, Juni, 1.003 Befragte

Diese Befunde korrespondieren mit Ergebnissen anderer Institute. So hat das Institut für Demoskopie Allensbach⁶ ermittelt, dass 84 Prozent für eine Vertiefung der Zusammenarbeit in der EU sind und sich 6 Prozent für eine Erweiterung der EU aussprechen. 10 Prozent waren unentschieden.

Erwartungen an die Zukunft

Die Deutschen sehen die weitere Entwicklung der sozialen Sicherungssysteme ausgesprochen kritisch. Sowohl bei der Rente als auch bei der gesetzlichen Krankenversicherung erwarten die Bürger, dass in zehn Jahren nur noch eine Grundversorgung Realität sein wird. So befürchten 91 Prozent, dass die Rente und 89 Prozent, dass die Krankenversicherung nur noch eine Grundversorgung sein wird.

Auch andere Perspektiven werden pessimistisch beurteilt. Zwei Drittel befürchten, dass die Sozialleistungen nur noch auf amerikanischem Niveau gewährleistet werden.

Aus dieser kritischen Bewertung der Entwicklung der sozialen Leistungen und Grundsicherungen ergibt sich auch die Erwartung, dass die soziale Gerechtigkeit weniger wichtig sein wird als Freiheit und Selbstverantwortung (63 Prozent).

Die Zunahme von gesellschaftlichen Konflikten wird von einer Mehrheit befürchtet. Spannungen zwischen Alt und Jung, Menschen mit und ohne Kindern und weitere Probleme bei der Integration von Migranten befürchtet eine Mehrheit der Deutschen.

Die einzige positive Perspektive ergibt sich in der Erwartung, dass sich die Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland angleichen. Dies vermuten 63 Prozent der Befragten.

Dass es zu einer anwachsenden Bedeutung christlichen Brauchtums und christlicher Glaubensinhalte kommt, erwarten 46 Prozent der Befragten.

⁶ Allensbacher Berichte, Nr. 10/2005, Umfragezeitraum: 23. April bis 8. Mai, 2.104 Befragte

Kritisch wird auch die Zukunft im naturwissenschaftlichen Bereich bewertet. Nur 43 Prozent erwarten, dass Deutschland in den nächsten 10 Jahren zu den drei führenden Nationen gehören wird.

Frage: Keiner kann in die Zukunft sehen. Doch würde uns interessieren, was Sie meinen, wie sich Deutschland in den nächsten 10 Jahren entwickeln wird. Bitte sagen sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, wird diese Entwicklung Ihrer Meinung nach in den nächsten 10 Jahren eintreten, oder wird sie nicht eintreten?	
	jeweils wird eintreten
"Die Rente wird in Zukunft nur noch eine Grundversorgung garantieren."	91
"Die gesetzliche Krankenversicherung wird in Zukunft nur noch eine Grundversorgung garantieren."	89
"Soziale Leistungen werden in Zukunft auf amerikanische Verhältnisse reduziert."	66
"Freiheit und Selbstverantwortung werden wichtiger sein als soziale Gerechtigkeit."	63
"Die Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland werden sich in Zukunft angleichen."	63
"Es wird in Zukunft zu Spannungen zwischen alten und jungen Menschen kommen."	55
"Es wird in Zukunft zu Spannungen zwischen Menschen mit und Menschen ohne Kindern kommen."	53
"Die Eingliederung von Zuwanderern wird nicht gelingen."	52
"Christliches Brauchtum und christliche Glaubensinhalte werden in Zukunft wieder wichtiger werden."	46
"Deutschland wird in Zukunft in der naturwissenschaftlichen Forschung zu den drei wichtigsten Nationen gehören."	43

Prozentanteile; Fehlende Werte zu 100% = andere Angaben; Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Juli 2005

Politische Ziele

Zwischen Bangen und Hoffen bewegen sich die Einstellungen der Deutschen über die weitere Entwicklung politischer und gesellschaftlicher Themen. Dabei zeichnet sich ab, dass die Bürger durchaus Widersprüchliches wollen. Einerseits gibt es eine Akzeptanz von individuellen Eingriffen, andererseits besteht das Bedürfnis, dass es niemandem schlechter gehen sollte.

Die Gleichzeitigkeit des Unvereinbaren prägt so das Stimmungsbild der Deutschen.

Einig sind sich die Bürger, dass der technische und wissenschaftliche Fortschritt stärker gefördert werden sollte (90 Prozent). Uneinigkeit herrscht gegenüber den konkreten Inhalten und möglichen auftretenden Konflikten. Gut die Hälfte ist der Ansicht, dass Umweltschutz wichtiger als Wirtschaftswachstum sein sollte. Die Hälfte spricht sich für eine Weiterentwicklung der Kernenergie aus, um den zukünftigen Energiebedarf zu decken. Dies ist eine erstaunlich hohe Zustimmungsrage. In einer von Greenpeace in Auftrag gegebenen Umfrage⁷ zeichnete sich hingegen eine Akzeptanz für den Atomausstieg ab. Danach würden 70 Prozent am Atomausstieg festhalten. 13 Prozent sprachen sich für einen unbegrenzten Weiterbetrieb der Atomkraftwerke aus. 11 Prozent würden einen Bau neuer Atomkraftwerke akzeptieren. Warum die Umfrageergebnisse so stark differieren, kann hier nicht geklärt werden.

Inkonsistent sind auch die Antworten im Bereich soziale Sicherheit und Rente. Während fast alle (91 Prozent) erwarten, dass die Rente nur noch eine Grundversorgung sein wird, zeichnen sich bei der Akzeptanz von Einbußen eindeutige Differenzen ab. 71 Prozent lehnen Einbußen bei der Generation ab, die den Aufbau der Bundesrepublik bewerkstelligt hat. Dies mag zwar nicht auf die gesamte Kohorte der derzeitigen Rentenbezieher übertragbar sein, macht aber deutlich, welche emotionale Potenz in diesem Thema steckt. Selbst wenn Renten Zweckgebunden sinken, um bspw. die Ausbildung der jüngeren Generation zu verbessern, sind nur die Hälfte der Befragten bereit, dies zu akzeptieren.

Auch in einem anderen Feld ergeben sich große Widersprüche. Die Deutschen akzeptieren zwar Einbußen, diese dürfen aber nicht den Wohlstand gefährden. Eine Gefährdung des derzeitigen Wohlstandes lehnen 76 Prozent ab. Gleichzeitig sind 68 Prozent der Ansicht, der jeder kürzer treten muss, um Deutschland zukunftsfähig zu machen. Und 65 Prozent teilen die Meinung, dass ein grundlegender politischer Wandel notwendig sei, auch wenn jeder Einzelne dann finanzielle Einbußen hinnehmen müsste.

Politisch gegensätzliche Signale setzten die Deutschen auch bei der Frage nach staatlicher Fürsorge und individueller Verantwortlichkeit. 88 Prozent stimmen der

⁷ DPA-Meldung vom 1. August 2005, Emnid, rund 1.000 Befragte

Aussage zu, dass der Lebensstandard des Einzelnen in erster Linie von seiner eigenen Leistung abhängen sollte und 82 Prozent sind der Auffassung, dass Unterschiede in Leistung, Fähigkeit und Bildung finanziell belohnt werden sollten. Andererseits votieren 39 Prozent für eine umfassende Absicherung aller Lebensrisiken durch den Staat (s.o.).

Nicht einig sind sich die Deutschen, welche Folgen ein Regierungswechsel mit sich bringen kann. 67 Prozent gehen davon aus, dass sich auch nach einem Regierungswechsel nicht wesentlich ändern wird. 46 Prozent sind gleichzeitig der Ansicht, dass es zu grundlegenden Änderungen kommen wird.

Einig sind sich die Deutschen in der Ablehnung des klassischen Familienmodells, nach dem die Frau nach der Geburt von Kindern ihre Berufstätigkeit beenden soll und sich der Familie widmet. Dies findet nur bei 15 Prozent Unterstützung.

Schwach fällt auch das Staatsvertrauen aus. Nur 30 Prozent vertrauen darauf, dass der Staat das Richtige für die Bürger tut.

Frage: Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen über Politik und Gesellschaft vor. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, inwieweit Sie dieser Aussage zustimmen.	
	jeweils stimme voll zu/ stimme eher zu
"Der technische und wissenschaftliche Fortschritt sollte stärker gefördert werden."	90
"Der Lebensstandard des Einzelnen sollte in erster Linie von seiner eigenen Leistung abhängen."	88
"Unterschiede in Leistung, Fähigkeit und Bildung sollten finanziell belohnt werden."	82
"Der Wohlstand den jeder erreicht hat, darf nicht gefährdet werden."	76
"Die Generation, die den Aufbau der Bundesrepublik bewerkstelligt hat, dürfen heute keine weiteren Einbußen zugemutet werden."	71
"Um Deutschland zukunftsfähig zu machen, muss jeder kürzer treten."	68
"Es wird sich auch nach einem Regierungswechsel nichts wesentlich ändern."	67
"Die Bürgerrechte sollten auch zur Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus nicht eingeschränkt werden."	67
"Ein grundlegender politischer Wandel ist notwendig, auch wenn jeder Einzelne dann finanzielle Einbußen hinnehmen muss."	65
"Umweltschutz sollte wichtiger als Wirtschaftswachstum sein."	52
"Die Renten dürfen nur sinken, wenn damit z.B. die Ausbildung jüngerer Generationen verbessert wird."	50
"Die Kernenergie sollte weiterentwickelt werden, um unseren zukünftigen Energiebedarf zu decken."	50
"Nach einem Regierungswechsel wird es zu grundlegenden Änderungen kommen."	46
"Alles im allem kann man darauf vertrauen, dass der Staat das Richtige für die Bürger tut."	30
"Frauen sollten nach der Geburt von Kindern ihre Berufstätigkeit beenden und sich ganz der Familie widmen."	15

Prozentanteile; Fehlende Werte zu 100% = andere Angaben; Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Juli 2005